

**Nushasi 5 Krustur**

ABONE

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık Türk Lirası 1.50	R. M. 5.-
Üç aylık " " 4.25	" 13.-
Altı aylık " " 8.-	" 25.-
Bir senelik " " 15.-	" 50.-

yahut mübâhill.

idarehane

Tekke Cadesi No. 585 ve 587.

Telegraf adresi: Türkpost.

Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.

Posta Kutusu: Galata 269.

# Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krug

BEZUGSPREISE:

Inland	Ausland
für 1 Monat T. Pfd. 1.50	R. M. 5.-
" 3 Monate " 4.25	" 13.-
" 6 Monate " 8.-	" 25.-
" 12 Monate " 15.-	" 50.-

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:

Tekke-Strasse Nr. 585-587.

Drahtanschr.: Türkpost.

Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.

Postfach: Galata 269.

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

## Rumänien und Bessarabien.

Aus Bukarest wird uns berichtet: Eine hiesige Zeitung bringt eine Artikelserie über Bessarabien aus der Feder eines Spezialkorrespondenten, der sich die Lage in dieser einst russischen Provinz angesehen hat. In der Sonntagsnummer steht unter dem Titel „Marasmus“ folgende Beschreibung der Dinge, die sich in diesem, vielleicht mit dem einzigen Unterschied der geographischen Lage und der Nationalität der Bevölkerung, mit den Zuständen in Siebenbürgen deckt. Man liest in dieser Schilderung: Bessarabien war einst die Kornkammer Rußlands. Es war eine reiche Provinz, in der der Ackerbau rentierte. Der bessarabische Bauer, einfach und primitiv, wußte den Acker mit einer traditionellen Geschicklichkeit zu bearbeiten. Die alten russischen Behörden haben den Bauern jede Unterstützung gegeben und ihnen auch landwirtschaftlichen Unterricht erteilt lassen. Als das rumänische Imperium die Bezirksverwaltung einsetzte, ging der Aufgabenkreis der ehemaligen russischen Zemstvos an eine ganze Anzahl von Teilbehörden über, die von Bukarest aus dirigiert wurden und jeden Zusammenhang mit der Bevölkerung des Landes verloren haben. Die russische Organisation für die Unterstützung und Anfertigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung war so innerhalb von 24 Stunden nach der rumänischen Besitznahme in sich zusammengestürzt. Heute ist Bessarabien nichts anderes als die Ex-Kornkammer Rumäniens. Der Produktionsstand in Kischinew sieht man an ihrem verfallenen Zustand schon von weitem das Elend der heutigen Landwirtschaft an. Es gibt kein Geschäft, — die Produzentenhändler sind zugrunde gegangen. Überall die unheimliche Stille der Verlassenheit und Vereinsamung. Umsonst bieten die Bauern ihre Ernte an, niemand gibt dafür Geld und niemand sorgt für den Transport. Die schwere Arbeit eines ganzen Wirtschaftsjahres reicht nicht aus, um den Aufwand für die Bewirtschaftung wieder einzubringen. Unter der rumänischen Herrschaft in Bessarabien wurde bisher keine einzige Straße gebaut, kein einziges Geleise gelegt. Im heutigen Bessarabien existieren keine Straßen, deren Netz von künftigen Ingenieuren angelegt worden wäre. Die einzelnen Verkehrswege sind von den lokalen Behörden oder Privaten nach Gutdünken angelegt worden, ohne jede Verbindung zu einem einheitlichen Straßennetz. Rumänen kann sich wirklich nicht damit brüsten, daß es auch nur ein einziges beständiges und nützliches Werk in Bessarabien geschaffen hätte, weder Straßen, noch Brücken, keine einzige Schule oder öffentliches Gebäude. Die zehnjährige rumänische Verwaltung, heute ist Bessarabien wie ein verwahrlostes Kind, das auf der Heerstraße der Welt vagabundiert und um Almosen bettelt. Es wurde mir erklärt: Wenn Rumänien einmal tatsächlich Ernst daraus machen würde, die Gebirge der von ihm nach Bessarabien gesandten öffentlichen Beamten nachzuprüfen, so wird man das Rätsel herausfinden, wie es möglich ist, mit einem Monatsgehalt von zehntausend Lei nach einigen Jahren arbeitsamer Verwaltungstätigkeit Gutsbesitzer zu werden!

## Tewfik Rüşdi Bej in Moskau.

Aus Moskau wird gemeldet, dass der Volkskommissar für Heer und Marine, Woroschilow, zu Ehren des anwesenden türkischen Außenministers Tewfik Rüşdi Bej im Klub der Roten Armee ein Bankett gab. Dem Bankett wohnten ausser dem türkischen Außenminister und seinen Begleitern Litwinoff, Karachan, der russische Botschafter in der Türkei, Suritsch, der Armeekommandant und hohe Persönlichkeiten vom Volkskommissariat des Ausseren bei.

Woroschilow begrüßte den türkischen Außenminister Tewfik Rüşdi Bej und erklärte, dass die russisch-türkische Freundschaft im Verlaufe des Krieges geboren worden sei und dass sie neu gestärkt worden wäre auf dem gemeinsamen Wege des Friedens.

In seiner Erwiderung erklärte Tewfik Rüşdi Bej, dass die auswärtige Politik der beiden Länder auf die Sicherung des Friedens hinführe und dass sie alle Versuche, die kulturelle Entwicklung zu hemmen, verhindern werde.

Der Kommandant der Garnison sprach seinen herzlichsten Dank aus für den guten Empfang, den man den sowjetrussischen Fliegern in Ankara bereitet hatte.

Nach Beendigung des Banketts fand ein Ball statt.

## Der Aussenminister hat sich zu einem zweitägigen Besuch nach Leningrad begeben.

Wie verlautet, wird Tewfik Rüşdi Bej seine Rückreise über Batum machen und am kommenden Donnerstag hier eintreffen.

## Fliegerdenkmal in Karaköse.

Aus Ankara wird berichtet, dass in Karaköse ein gemeinsames Grabmal für die bei den letzten Kämpfen im Osten gefallenen türkischen Flieger errichtet werden soll.

## Schakir Bej.

Wie aus Ankara berichtet wird, soll der frühere Wirtschaftsminister Schakir Bej, zum Direktor der Staatsbank ernannt werden.

## Aus der türkischen Presse.

In seinem Leitartikel in der *Milliyet* schreibt Mahmut Bej, daß die Regierungskrise nicht lange gedauert hätte, und daß die Bekundung des weitesten Vertrauens bei der Bildung des neuen Kabinetts für Ismet Pascha eine am richtigen Platze zum Ausdruck gebrachte Wertschätzung bedeute. Das neue Kabinetts Ismet Pascha werde im allgemeinen seine früheren Grundsätze verfolgen und in der ersten Reihe an die Durchführung der im vorigen Jahre geplanten Sanierungsmaßnahmen herantreten. Es sei aber klar, daß die Regierung Ismet Paschas heute in eine Arbeitsperiode eintrete, in der große Schwierigkeiten auf eine Lösung harren.

Vakıf versucht die Ursachen des letzten Kabinettswechsels, sowie die Leitmotive bei der Zusammenstellung des neuen Kabinetts vor Augen zu führen und meint, daß die nachteiligen Wirkungen der neuerlichen Propaganda, wonach es der Wunsch des Staatspräsidenten gewesen sein soll, Ismet Pascha durch Mithilfe der neugegründeten Partei zu Fall zu bringen, nunmehr für immer beseitigt worden sind.

*Politika* schreibt, daß die Bildung des neuen Kabinetts dem Klatsch ein verdientes Ende gemacht hätte, und daß die Stellung der Regierung und der Partei im Vergleich zu gestern heute viel gefestigter erscheine. Diese Erstarkung bedeute für die Bewältigung der bevorstehenden großen Arbeiten der Regierung eine wertvolle Hilfe.

In *Yarin* behandelt Arif Orudsch Bej die Frage des Regierungsprogramms, das nunmehr von der neuen Regierung Ismet Pascha der G.N.V. vorgelegt werden soll, und schreibt, es wäre zu wünschen, daß Ismet Pascha mit dem personellen Wechsel auch einen Wechsel der Grundsätze vornehme, sonst würde dies alles gar keinen Nutzen zeitigen, und alles genau so von Mißerfolg begleitet werden, wie es bisher der Fall gewesen sei.

## Ein Parlament in Afghanistan.

Teheran, 29. Sept. (A.A.) Aus Afghanistan wird gemeldet, daß der afghanische Nationalrat im Verlaufe der letzten Sitzung einem Beschlusse zugestimmt hat, welcher die Bildung einer Nationalversammlung vorsieht, sowie die Errichtung von Verwaltungsämtern in Städten und Provinzen, die Wiedereinführung von Würden, Ehrenzeichen und Ehrentitel und die Nationalflagge, die von Amanullah Chan abgeschafft wurde. Der Rat hat das Herausgeben seiner Beschlüsse abgelehnt und eine Entschliessung angenommen, nach der Amanullah Chan zur Rückgabe der fortgeführten Juwelen usw. aufgefordert werden soll.

Die Sprecher des Rates brachten die Meinung zum Ausdruck, dass der König Präsident des Nationalrates sei und Leiter der Staatsgeschäfte sein soll.

# Steuerreform.

## Sitzung der Volkspartei.

In der gestrigen Sitzung der *Fraktion der Volkspartei* in Ankara gab unter anderem der Finanzminister eingehende Erklärungen über das von ihm geplante Steuerreformprogramm ab. Wie man über dieses Programm erfährt, sind weitreichende Änderungen im bisherigen Steuersystem vorgesehen. Zunächst soll die Versuchsgesetzgebung in der steuerlichen Qualifizierung der Grundstücke nach Fruchtbarkeit und Verkehrsmöglichkeiten auf 15 weitere Wilajets ausgedehnt werden. Dieses Steuergesetz steht bekanntlich mit den früheren Gesetzen dieser Art in schroffem Gegensatz. Die Voreinschätzung eines Grundstücks erfolgt im neuen Gesetz durch den Gemeinderat, während das Finanzministerium nur ein Einspruchsrecht hat. Weiter soll die Steuer für Grundstücke, die mit Gebäuden bebaut sind, um 50 Prozent herabgesetzt werden. Für Sumpfgelände und unbebaute Grundstücke innerhalb einer Stadt soll in Zukunft keine Steuer mehr entrichtet werden. Für die *Gewinnsteuer* sollen zur Abgabe einer Erklärung in Zukunft nur Banken und Gesellschaften verpflichtet sein. Alle übrigen Handelsunternehmungen haben das Recht zur Abgabe einer Erklärung, jedoch nicht die Pflicht. Unternehmen, die keine Gewinnsteuererklärung abgeben, werden von der Steuerbehörde veranschlagt und zwar nach gewissen Gesichtspunkten. Fliegende Händler werden von der Entrichtung einer Gewinnsteuer befreit. Die Höhe der Erbschaftsteuer soll in Zukunft nach dem Grade der Verwandtschaft gestaffelt werden. Für Traktoren sollen in Zukunft keine Steuern mehr gezahlt werden. Alle *Sondersteuern im Bank- und Versicherungsgeschäft* sollen in Zukunft in Fortfall kommen. Ferner soll die *Besteuerung der im Inland hergestellten Waren* eine Änderung erfahren.

## Dank Ismet Paschas.

Der Ministerpräsident Ismet Pascha bedankt sich durch die Anatolische Nachrichtenagentur für die zahlreichen Glückwünsche, die ihm anlässlich der erneuten Beauftragung mit der Kabinettsbildung zugegangen waren.

## Polen und die Ukraine.

Warschau, 29. Sept. Der polnische Ostmarkenverein verlangt von der Regierung die Bewaffnung der polnischen Bevölkerung in der polnischen Ukraine. Nach Erklärungen des Innenministers nehmen die Terrorakte der ukrainischen Bevölkerung immer schärfer Formen an.

## Die Sejmabgeordneten bleiben in Festungshaft.

Warschau, 29. Sept. Das Warschauer Bezirksgericht hat die Haftbeschwerde der in der Festung Brest-Litowsk untergebrachten ehemaligen Sejmabgeordneten mit der Begründung abgelehnt, daß die Untersuchungshaft mit Rücksicht auf die den Beschuldigten drohende hohe Strafe aufrecht erhalten werden müsse. Es liege die Gefahr vor, daß die unter Anklage gestellten Abgeordneten die Zeugen zu falschen Aussagen bestimmen oder auf andere Weise die Beweise der von ihnen begangenen Straftaten beseitigen könnten.

## Ein Werbefeldzug für Disziplin in der Roten Flotte.

Moskau, 28. September. Nachdem das Armeeblatt „Krasnaja Swesda“ in letzter Zeit nicht nur mit auffallender Offenheit über das Sinken der Disziplin in der Roten Armee Klage geführt und sogar Zuschriften zu diesem Thema veröffentlicht hat, die aus verschiedenen Truppenteilen einliefen, scheint nunmehr die Rote Flotte an die Reihe zu kommen. Wie das Blatt mitteilt, wird eine Art von Werbefeldzug zur Hebung der Disziplin der Marine in Angriff genommen: die politischen Instruktionen und die Parteizellen innerhalb der Flotte sollen nicht nur einen besonderen Unterricht zur Hebung der Disziplin einrichten, sondern man will auch durch Wettbewerbe mit Preisen für besonders musterhafte Truppenteile wirken und im Gegensatz dazu „schwarze Listen“ einführen, durch welche die Namen und die Vergehen besonders disziplinloser Matrosen und Seesoldaten sozusagen an den Pranger gestellt werden.

## Verstärkte Bauernflucht aus Sowjetrußland.

Warschau, 27. Sept. Wie die amtliche polnische Telegraf-Agentur meldet, hat der Zustrom der Bauern, die vor den Kollektivmaßnahmen der Sowjetregierung aus Rußland fliehen, seit Anfang September erheblich zugenommen. Ueber die russisch-polnische Grenze im Wilnagebiet kommen im Durchschnitt 50 russische Bauern wöchentlich auf polnisches Gebiet herüber, wo sie in besonders eingerichteten Flüchtlingslagern untergebracht werden. Die Flüchtlinge überschreiten die Grenze stets in der Nacht und suchen auch ihr lebendes Inventar auf polnisches Gebiet zu schaffen.

## Aus Deutschland.

### Die Osthilfe.

Berlin, 29. September. In Königsberg fanden heute eingehende Besprechungen zwischen Vertretern der Reichsregierung, dem Oberpräsidenten von Ostpreussen, verschiedenen ostpreussischen Landräten und Mitgliedern provinzieller Körperschaften statt. Gegenstand der Besprechungen war die Vorbereitung der Durchführung der Osthilfe.

### Keine besetzten Gebiete mehr.

Berlin, 29. September. Das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete stellt mit dem morgigen Tage seine Tätigkeit ein.

### Italien und die deutschen Reparationen.

Rom, 26. Sept. Der „Tevere“ beschäftigt sich damit, daß die Kommunisten im Reichstag den Antrag auf sofortige Einstellung aller im Youngplan vorgesehenen Zahlungen gestellt haben. Dieser Antrag habe zwei Ziele: ein innerpolitisches und zwar den Nationalsozialisten in dem Kampf für die wirtschaftliche Freiheit des deutschen Volkes zuvorkommen und ein Nachtziele, die Welt zur Diskussion zu stellen. Das Blatt hält es nicht für ausgeschlossen, daß ein Antrag gegen den Youngplan eine erhebliche Mehrheit findet, weil Deutschland die internationalen, aus dem Krieg herrührenden Verpflichtungen abzuschütteln bestrebt sei. Die Frage sei daher nicht müßig, was in der Welt geschehen würde, wenn Deutschland sich weigern würde, die Raten des Youngplanes zu bezahlen.

### Zur Wirtschaftskrise in England.

In London sind bereits seit längerer Zeit ernste Bestrebungen im Gange, die vielfachen Bemühungen zur Hebung der Wirtschaftskrise, die sich auf das ganze britische Reich übertragen hat, in eine organisatorische Form zu fassen. Diese Bemühungen sind jetzt zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Aus einer Gruppe einflussreicher englischer Großindustrieller und Großkaufleute hat sich ein Nationalrat für Handel und Industrie gebildet, der sich zur Aufgabe gesetzt hat, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die „Prosperität“ der englischen Industrie und des englischen Handels wieder herzustellen und die bedrohliche Arbeitslosigkeit zu verringern. Im großen und ganzen laufen die Bemühungen dieser Gruppe auf eine grundsätzliche Abwehr vom Freihandel hinaus, nach dem Grundsatz: „Freihandel im Verkehr der Dominien mit Großbritannien, Schutzzölle gegenüber dem Ausland“. Der Nationalrat wendet sich in seinem ersten Aufruf mit scharfen Worten gegen die Anhänger des Freihandelsystems. Diese Kreise sind gemeint, wenn von der „sklavischen Anhänglichkeit politischer Parteien an wirtschaftliche Theorien“ die Rede ist, die jede Beziehung zu den Tatsachen des modernen Geschäftslebens verloren haben. „Was der Nationalrat sich zum Ziele setzt ist in den folgenden Sätzen angedeutet: „Das Ziel dieses Nationalrates soll sein, die Annahme von Maßnahmen zu sichern, die geeignet sind, den heimischen Markt zu stützen und diese Angelegenheit des Empirehandels durch jedes mögliche Mittel zu fördern. Der Rat wird sich bemühen, einige von den Vorteilen zu erlangen, die aus dem übereinstimmenden Willen der Nation nach einem geeigneten britischen Reiches strömen.“ Der Aufruf ist von einer ganzen Anzahl großer englischer Wirtschaftsunternehmungen unterzeichnet und der Tätigkeit des neuen Rates werden in der nächster Zeit Beachtung schenken müssen.

### Rasche Arbeit.

Genf, 29. September. Die Völkerbundsversammlung verabschiedete heute den ersten Teil der in den Ausschüssen gefassten Beschlüsse. Darunter befindet sich auch ein Beschluss, wonach der Völkerbund *bedrohten oder angegriffenen Staaten eine finanzielle Unterstützung* gewähren soll. Die finanzielle Unterstützung soll in Form einer durch den Völkerbund bei den Mitgliedsstaaten aufgelegten und durch ihn garantierten Anleihe geschehen. Diese Unterstützung soll jedoch erst eintreten, wenn alle Versuche des Völkerbundes, eine friedliche Beilegung des Streites zwischen Angreifer und Angegriffenem zu erreichen, gescheitert sind und der Angreifer alle von Völkerbund verlangten Forderungen in dieser Richtung erfüllt hat. Dieser ganze Beschluss soll aber erst in Kraft treten, wenn ein allgemeines Abstinenzabkommen abgeschlossen ist.

### Schon oft ist in der italienischen Öffentlichkeit darauf hingewiesen worden, daß der größte Teil der Zahlungen, die sowohl von den Besiegten als auch von den Siegern zu leisten sind, in dem goldstrotzenden Amerika enden. Konkrete Vorschläge für die Lösung dieser Fragen liegen zunächst noch nicht vor, es ist aber bezeichnend, daß dieses Problem immer häufiger besprochen wird, je deutlicher man hier erkennt, daß es ein Übel ist, von Deutschland die Erfüllung der Tributdikate zu verlangen.

### Gestriger Schluss-Kurs: 1 Reichsmark = 50.25 Piaster.

## Steigende Not in Russland.

### Moskau ohne Fleisch und Brot.

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter.) Moskau, im September 1930. Besser als alle langen Erörterungen kennzeichnet der Umstand die starko wirtschaftliche und politische Spannung in Russland, dass die Sowjetregierung im kommenden Wirtschaftsjahr 1930 bis 31 die Ausfuhr von Lebensmitteln einzustellen beschlossen hat. Die Lebensmittelausfuhr spielte in den letzten Jahren ein russisches Exporte eine relativ sehr grosse Rolle und trotz der steigenden Lebensmittelpreise im Lande wurde die Ausfuhr von Eiern, Butter, Fleischprodukten und dergleichen mit allen Mitteln forciert.

Tatsächlich ist gerade in letzter Zeit eine neue Verschärfung der russischen Lebensmittelkrise zu verzeichnen. Mit grosser Sorge blickt der Sowjetbürger, vor allem der Bewohner der Großstädte und Industriezentren, in die Zukunft, denn der Winter verspricht an Entbehrungen noch reicher zu sein als in den vorhergehenden Jahren. Nach kurzer Unterbrechung sieht man wieder in Moskau endlose Schlangen vor den Lebensmitteläden und zwar in erster Linie vor den Fleischereien. Nicht selten stellen sich die Wartenden bereits in der Nachtzeit vor den Läden an. Viele, die ihre Zeit nicht verschwenden können, bleiben überhaupt ohne Fleisch. Der Fleischmangel in Moskau hat sich im September dermassen verschärft, dass die Moskauer Stadtverwaltung gezwungen wurde, alle Fleischkartenschnitte bis zum 19. September für ungültig zu erklären und einzuziehen, so dass die Septemberration an Fleisch erst ab 22. September zur Verteilung gelangt.

Auch der Brotmangel hat zugenommen und im September ist Moskau zeitweilig ohne Brot geblieben. Die Sowjetpresse erklärt beruhigend, dass dies auf den starken Zustrom der Studenten in die Sowjethauptstadt anlässlich des Semesterbeginns zurückzuführen sei. Da aber die Stockungen des Brotverkaufs noch weiter anhalten, so müssen andere Ursachen für die Verschärfung der Brotkrise vorliegen als die paar Tausend Sowjetstudenten, die auf dem Gebiete des Hungerns eine beispiellose Virtuosität erreicht haben. Die Qualität des Brotes ist, wie man auch täglich in der Sowjetpresse lesen kann, überaus schlecht. Im Brot findet man Lumpen, Watte, Holzstücke, Nägel, Sohlenleder, Abfälle usw. sogar Steine im Gewicht von 1—2 kg. Hunderte, ja Tausende von Pud Brot müssen immer wieder als nicht genießbar anerkannt werden. In sanitärer Beziehung sind die Bäckereien keineswegs auf der Höhe. Die einzelnen Sowjetzeitungen und Wirtschaftsorgane entsenden sogenannte „Arbeiterbrigaden“ in Speisehallen und Lebensmittelbetriebe zur Revision der Qualität der Speisen und Erzeugnisse. Bisher haben diese Arbeiterbrigaden nur reiches Material über die schlechte Qualität der Lebensmittel gesammelt: im Gebäck wurde von ihnen Sand, in Bonbons Nägel, in Kuchen Abfälle und Nadeln und in Mineralwasser sogar Schwaben gefunden; eine Besserung der Qualität der Lebensmittel ist jedoch auch nach diesen Feststellungen, die in der Sowjetpresse ungeheures Aufsehen erregten, nicht zu verzeichnen. Die letzte Untersuchung des Bäckereiwesens in Moskau hat sogar erwiesen, dass rund 40 pCt. des täglich gebackenen Brotes schlechter Qualität sind.

Eine Verschärfung hat auch die bereits seit längerer Zeit anhaltende Gemüsekrisis erfahren. Wie die Sowjetpresse berichtet, besteht für das Uralgebiet die Gefahr, im Winter ohne Gemüse zu bleiben. Der Jahresplan der Bereitstellungen von Kartoffeln ist bisher nur zu 1,7 pCt. der von Kohl zu 4,3 pCt. durchgeführt. Der Augustplan der Gemüsebereitstellungen ist nur zu 10 pCt. durchgeführt worden. Die Gemüseversorgung des ebenfalls überaus wichtigen Industriegebiets, des Donezkohlenbeckens, hat im September eine sehr starke Verschlechterung zu verzeichnen. Die für September vorgesehene Gemüselieferungen werden voraussichtlich erst ab Oktober erfolgen können, und auch dann nur mit den gröss-